

Augsburger Allgemeine

Tierschutz

Traurige Geschäfte: Der illegale Handel mit Welpen boomt
Bayern



Fußball

Jetzt ist es raus: Altintop geht zu Slavia Prag
Sport

Gewitter, 25 Grad

Schauer und zum Teil kräftiger Regen
Wetter



MITTWOCH, 28. JUNI 2017 AUSGABE AS | NR. 146 | 73./166. JAHRGANG

www.augsburger-allgemeine.de

PREIS € 1,80

Union ebnet Weg für die Homo-Ehe

Bundestag stimmt noch diese Woche ab

Berlin Nach einem überraschenden Richtungswechsel von Kanzlerin Angela Merkel soll der Bundestag noch diese Woche über die völlige rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen abstimmen. Die Union hat die Entscheidung zur Gewissensfrage erklärt und den Fraktionszwang aufgehoben, obwohl sie die Homo-Ehe mit dem vollen Adoptionsrecht für schwule und lesbische Paare bisher strikt abgelehnt hat. Bei einer Abstimmung ohne Fraktionszwang gilt eine Mehrheit für die volle Gleichstellung als sicher.

Merkel war bereits am Montagabend vom klaren Nein der Union überraschend abgerückt und hatte dies offenbar auch mit CSU-Chef Horst Seehofer abgesprochen. In der Union ist diese Entscheidung äußerst umstritten. Mit ihrer Forderung nach einer sofortigen Abstimmung habe die SPD den Koalitionsvertrag gebrochen, kritisierte der CSU-Abgeordnete Max Straubinger. „Der besagt, dass wir uns in dieser Legislaturperiode nicht damit beschäftigen.“ Der frühere Verkehrsminister Peter Ramsauer warnte die CDU vor einer Zerstörung der letzten konservativen Werte. „Ich will das Thema überhaupt nicht im Bundestag haben“, sagte Ramsauer. „Deutschland hat ganz andere Probleme.“

Dem Bundestag liegen drei Gesetzentwürfe für die Gleichstellung vor – von den Linken, den Grünen und vom Bundesrat. Die Große Koalition hat bislang eine Abstimmung verhindert, indem sie im Rechtsausschuss das Thema 30 Mal vertagte. Die drei Gesetzentwürfe schlagen übereinstimmend vor, Paragraf 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuchs so zu ergänzen, dass klagestellte Paare eine Ehe eingehen können. In vielen Bereichen sind sie Eheleuten bereits gleichgestellt, aber nicht in allen – vor allem aber fehlt Homosexuellen das uneingeschränkte Adoptionsrecht. (dpa)

Mit dem Thema beschäftigt sich auch der **Kommentar**. Einen Hintergrundbericht lesen Sie in der **Politik**.



Richtfest: Stolz posieren die Handwerker auf der Kuppel der Augsburger Synagoge.

Foto: Jüdisches Kulturmuseum Augsburg-Schwaben

100 Jahre Synagoge Augsburg

Steinmeier: Antisemitismus nimmt zu

Jubiläum Heute kommt der Bundespräsident zur 100-Jahr-Feier in die Augsburger Synagoge. Im Interview mit unserer Zeitung plädiert er für ein „gutes Miteinander“ in Deutschland

VON RUDI WAIS UND ALOIS KNOLLER

Augsburg Der zunehmende Antisemitismus beunruhigt auch den ersten Mann im Staate. „Leider sind in Deutschland – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – wieder vermehrt antisemitische Ressentiments zu beobachten“, kritisiert Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einem Interview mit unserer Zeitung. Dabei mische sich ein bis heute tradierter Antisemitismus mit einem neuen Antisemitismus in Teilen muslimisch geprägter Zuwanderergruppen. Vor allem die sozialen Medien dienten dabei häufig der Verbreitung von Hassbotschaften und antijüdischer Hetze.

Steinmeier, der heute zur 100-Jahr-Feier der Synagoge nach Augsburg kommt, wünscht sich ein „gutes Miteinander“ in Deutschland. „Wo gegenseitiges Verstehen wächst“, sagt er, „ist kein Platz für Hass und Ausgrenzung.“ Nach wie vor stelle sich die Mehrheit der

deutschen Gesellschaft klar gegen jede Form von Antisemitismus. Umgekehrt seien Angriffe auf und Beleidigungen von Menschen aufgrund ihres Glaubens „auch Angriffe auf jeden Einzelnen von uns“.

Anders als in Frankreich, wo mehrere tausend Juden in den vergangenen Jahren vor dem wachsenden Antisemitismus nach Israel geflohen sind, gebe es in Deutschland keine Auswanderungsbewegung.

Jüdisches Leben in Deutschland

● Seit dem Jahr 2008 gehen die Mitgliederzahlen in den 105 jüdischen Gemeinden kontinuierlich zurück – vor allem aus demografischen Gründen. Im vergangenen Jahr zählte der Zentralrat der Juden noch knapp 99 000 Mitglieder, davon 19 000 in Bayern. Die größten Gemeinden sind Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und München. Das Spektrum reicht dabei von or-

thodoxen über konservative bis hin zu liberalen Gemeinden.

● Anfang der 50er Jahre lebten in der Bundesrepublik nur noch 25 000 Jüdinnen und Juden. Nach dem Mauerfall wuchsen die Gemeinden mit dem Zuzug von Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion von damals 28 000 Mitgliedern zeitweise auf fast 108 000 an. (AZ)

thodoxen über konservative bis hin zu liberalen Gemeinden. „Zu unser aller Glück kann Deutschland heute wieder die Heimat sein, die den Juden durch die Nationalsozialisten geraubt wurde.“

Erst vor wenigen Tagen hatte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, in unserer Zeitung über eine neue Qualität von Anfeindungen gegenüber Juden gesprochen. Der Fall eines jüdischen Jungen, der in Berlin regelrecht von seiner Schule ge-

mobbt worden war, sei kein Einzelfall. Mit Blick auf die hohe Zahl muslimischer Zuwanderer sagte Schuster: „Unsere Aufnahme- und Integrationsfähigkeit hat Grenzen.“ Die Israelitische Kultusgemeinde und ihr Rabbiner Henry G. Brandt empfinden Steinmeiers Besuch nach eigenen Worten als große Ehre. „Es macht zwar viel Arbeit wegen der Sicherheitsanforderungen, aber wann kommt schon der Bundespräsident in eine jüdische Gemeinde?“, sagt ihr Sprecher Josef Strzegowski. Am 4. April 1917 wurde die im Stil der neuen Sachlichkeit geplante und im Jugendstil dekorierte Synagoge eingeweiht. Sie gilt als Gipfel der jüdischen Renaissance.

»Interview Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über den Kampf gegen den Antisemitismus. **Politik**

»Hintergrund Alois Knoller und Daniel Wirsching über die Geschichte der Augsburger Synagoge und das jüdische Leben in der Stadt. **Die Dritte Seite**

Hygiene-Mängel in Großbäckereien

Augsburg Nach einem Bericht der Verbraucherschutz-Organisation Foodwatch hat es in den vergangenen Jahren Hygiene-Mängel in bayerischen Großbäckereien gegeben. Foodwatch wertete für einen Report mit dem Titel „Bayerisches Brot“ Kontrollberichte verschiedener bayerischer Lebensmittelbehörden aus.

Danach sind in den Jahren 2013 bis 2016 unter anderem Mäusekot, Schaben und Schimmel in Großbäckereien gefunden worden. Es gab über Jahre hinweg teils ekelerregende Zustände, heißt es in dem Report, der heute vorgestellt wird.

Zu den Bäckereien, bei denen es Beanstandungen gab, gehört auch die Großbäckerei Ihle in Friedberg. Wie Geschäftsführer Willi-Peter Ihle auf die Vorwürfe reagiert, lesen Sie in der **Wirtschaft**. (mrk)

Ein Brunnen ist kein Bad

Italien Wie Roms Bürgermeisterin Touristen auf Abstand hält

VON JULIUS MÜLLER-MEININGEN

Rom Am Dienstag in einer römischen Trambahn. Eine amerikanische Touristin diskutiert heftig mit ihrem Ehemann. Wenig später beginnt sie, beinahe panisch zu stöhnen. Die Fahrgäste machen die mediterranen Temperaturen als Ursache für den Anfall aus und irgendwann beginnt ein Italiener, die Frau mit seiner Wasserflasche zu bespritzen und schüttet sie der Stöhnenden schließlich ganz über den Kopf. Erst Fassungslosigkeit, dann Gelächter. Die ganze Trambahn amüsiert sich, auch die beiden Amerikaner wirken plötzlich erleichtert. Beglückt über Frische und italienische Spontanität steigen sie aus. Ob sie schon beim Trevi-

Brunnen waren, einem der beliebtesten Ziele in Rom? Man weiß es nicht. Erfrischung ist dort in diesem Sommer nur noch unter Strafe möglich. Bis zu 240 Euro kann das Bad im Brunnen kosten, in dem sich 1960 schon Anita Ekberg für den Film „La dolce vita“ erfrischte. So hat es Bürgermeisterin Virginia Raggi entschieden. 37 Objekte, darunter Brunnen und Denkmäler, sollen nicht mehr als Er-

frischungsbecken oder Picknickplätze missbraucht werden.

Die Schönheit Roms müsse von allen respektiert werden, sagt die Bürgermeisterin, die den städtischen Unmut über in der Fontana di Trevi badende Touristen bändigen will. Zuletzt erfrischten sich eine ältere Dame aus Deutschland und ein nackter Spanier im Wasser des Monuments. Manch einer wäscht gar sein Haustier oder Kleider in den Wasserbecken der Piazza Navona. Auch das Klettern auf den Statuen und Brunnen Roms ist fortan verboten. Wohl dem, der in der Ewigen Stadt auf private Erfrischung zählen kann wie die erschöpfte US-Amerikanerin in der Trambahn. Öffentliche Abkühlung ist kompliziert geworden im heißen Rom.



Foto: Fotolia

Wuppertal lässt Hochhaus räumen

Wuppertal Wegen einer Fassadendämmung, die dem Londoner Grenfell Tower ähnelt, wird in Wuppertal ein Hochhaus evakuiert. Zu der Entscheidung sei man nach dem verheerenden Londoner Hochhausbrand gelangt, betonte eine Sprecherin der Stadtverwaltung und sprach von einer kurzfristigen Vorsichtsmaßnahme. Die Bewohner sollen in ihre Wohnungen zurückkehren können, sobald die Fassadendämmung entfernt ist.

Nach dem Hochhausbrand in London mit mindestens 79 Toten habe man das Brandrisiko des Gebäudes in Wuppertal neu bewertet. Für die Betroffenen stünden Ersatzwohnungen bereit. Ein defekter Kühlschrank hatte das Feuer im Grenfell Tower entfacht. Der Brand griff auf den ganzen 24-stöckigen Sozialbau über. (dpa) »Panorama

Blickpunkt Lokales

Theater: Neues Kostenplus

Der Umbau einer Halle im Martinpark in eine Theaterspielstätte wird teurer. Statt 2,3 werden 3,4 Millionen Euro fällig. Was ist der Auslöser?

Kommentar

Nicht mehr zeitgemäß

VON MARTIN FERBER
fer@augsbu-ger-allgemeine.de

Ein Blick ins Grundgesetz erleichtert die Argumentation. „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“, heißt es in Artikel 6. Mehr nicht. Dass nur Mann und Frau eine Ehe bilden können, davon steht im Grundgesetz nichts. Und Artikel 3 legt ausdrücklich fest, dass alle Menschen gleich sind und niemand diskriminiert werden darf. Allein schon deswegen war absehbar, dass die Ehe für alle nicht zu verhindern ist. Wie Menschen zusammenleben, wer sich in wen verliebt und wer mit wem dauerhaft eine Beziehung eingeht, geht den Staat nichts an. Er hat nur dafür zu sorgen, dass alle tatsächlich gleich behandelt werden.

Angela Merkel hat spät, aber nicht zu spät, erkannt, dass das Nein der Union zur Homo-Ehe nicht mehr zeitgemäß und somit nicht länger zu halten ist. Eher beiläufig hat sie daher ihren Widerstand aufgegeben und der Union wieder einmal einen Kurswechsel aufgezwungen.

Es ist die alte Methode Merkel. Mögen die Konservativen in der CDU auch maulen und die AfD jubeln, das leidige Thema ist vom Tisch, SPD und Grüne haben ein Wahlkampfthema weniger und für zukünftige Koalitionen hat sie wieder alle Optionen von Schwarz-Gelb über Jamaika bis zur GroKo.

Rufen Sie uns an

Haben Sie Fragen und Anregungen? Sprechen Sie mit der Redaktion. Heute ist für Sie zwischen 14 und 15 Uhr am Telefon:

Holger Sabinsky-Wolf (Bayern)
Rufnummer (08 21) 7 77-22 99

Auf einen Blick

Augsburg	35-44	Kfz-Börse	26
Bayern	13-14	Panorama	21-22
Capito	18	Politik	4-6
Digitales	20	Rätsel/Sudoku	18
Fernsehen aktuell	34	Roman	12
Feuilleton	17	Sport	23-25
Feuilleton regional	38	Wetter	12
Geld & Leben	9	Wirtschaft	7-8

Kontakt

Redaktion Tel. (08 21) 777-0
Fax (08 21) 777-2067
redaktion@augsbu-ger-allgemeine.de

Anzeigen Tel. (08 21) 777-25 00
Fax (08 21) 777-25 85
anzeigen@augsbu-ger-allgemeine.de

Abo-Service Tel. (08 21) 777-23 23
abo@augsbu-ger-allgemeine.de



4 190139 701803